

UZ-Sozialistische Wochenzeitung der DKP

UZ Jetzt kostenlos 10 Wochen testen!

Rote Fahnen sieht man besser!

Name _____ Vorname _____

Straße _____

PLZ / Ort _____

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 18 • 45127 Essen
Fax: 0201-24 86 484 • www.unsere-zeit.de

Besuchen Sie uns im Internet: www.dkp-hessen.de. Hier können Sie auch Informationen über die Kreise der DKP in Hessen erhalten

Ich möchte mehr Informationen zur DKP

Ich möchte Informationen über die Marxistischen Blätter

Name _____ Vorname _____

Straße _____ (PLZ) Wohnort _____

e-Mail: _____

Herausgeber: DKP Hessen, Hansteinstr. 4, 60318 Frankfurt;
verantwortlich: Michael Beltz

Grundpositionen der DKP Hessen zur Landespolitik



Deutsche Kommunistische Partei

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Bewegung für eine neue Politik – Widerstand organisieren	3
Die Hessische Verfassung verwirklichen	6
Verfassungswirklichkeit – die heutige Lage	8
Die Macht der Banken und Konzerne brechen	10
Recht auf Arbeit verwirklichen - Arbeitsplätze schaffen	14
Gleiche Bildungschancen für alle! Weg mit dem Bildungsprivileg!	17
Rechte der Jugend	23
Angemessenes Wohnen muss bezahlbar sein	28
Für wirksamen Schutz der Umwelt	30
Internationale Solidarität statt Ausgrenzung und Abschiebungen	33

Kostenbeitrag 1,00 €

Notizen:

- Das Instrument der Abschiebehaft in der Flüchtlingspolitik muss weg!
Damit hierzu ein erster Schritt wenigstens in Hessen gemacht werden kann, ist es möglich und notwendig, Druck auf das hessische Innenministerium auszuüben.
- Die Schaffung eines „Runden Tisches“, der Konzepte für eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik erarbeiten müsste, die öffentlich zur Diskussion gestellt werden. Beteiligt sollten daran vor allem sein:
die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Hessen (AGAH), antirassistische Initiativen, Organisationen wie Pro Asyl und Amnesty International, Migrantenorganisationen, Gewerkschaften und die hessische Landesregierung.

Eine Bundesratsinitiative zur Wiederherstellung des individuellen Grundrechts auf Asyl in der Form von vor 1993. Eine solche Initiative der hessischen Landesregierung muss in Absprache mit den betroffenen Gruppen eingebracht und gleichzeitig Bestandteil einer außerparlamentarischen Kampagne sein, um nicht im Räderwerk der Berliner Bürokratie zu verschwinden.

Die DKP Hessen stellt diese, sicherlich unvollständigen Forderungen an die hessische Landesregierung, sieht sie aber auch als Diskussionsangebot an die in Hessen tätigen Migrantenorganisationen, antifaschistischen und antirassistischen Initiativen. Wir wollen auch in diesem Bereich Widerstand und Selbstorganisation stärken. Eine Perspektive für Flüchtlinge und MigrantInnen sehen wir nicht in erster Linie in der Politik dieser oder jener parlamentarischen Partei, sondern in einem breiten gesellschaftlichen Bündnis aller Kräfte, die für gleiche Rechte und Lebensperspektiven aller hier lebenden Menschen eintreten. Der politische Druck von unten, wie ihn etwa in Frankreich die Bewegung der "Sans Papiers" erzeugt hat, ist für uns das zentrale Element der Veränderung. "

Notizen:

Bewegung für eine neue Politik – Widerstand organisieren

Mit dieser Broschüre legt die DKP Hessen die 3. Auflage ihrer Grundpositionen zur Hessischen Landespolitik vor. Die jeder Auflage vorangestellten Vorworte widerspiegeln - rückblickend - die in den letzten Monaten stattgefundenen politischen Ereignisse.

Im Januar 2009 stellten wir fest:

„Weil vier sozialdemokratische Landtagsabgeordnete die Wahl einer von der Linkspartei tolerierten Koalition aus SPD und Grünen und damit die Abwahl Roland Kochs als Ministerpräsident hintertrieben hatten, wurden binnen Jahresfrist im Januar 2009 Neuwahlen fällig. Das traf zusammen mit der von profitbesessenen Managern aus Banken, Konzernen und anderen Großunternehmen herbei gezockten Finanz- und Wirtschaftskrise. Von den Parlamentsparteien haben außer der Partei Die Linke alle anderen die Krise und ihre negativen Folgen für jede Stadt, jede Gemeinde und jeden Haushalt mit zu verantworten“.

Heute zeigt sich: Die Politik des Marktradikalismus, des „freien Spiels der Kräfte“, der Privatisierung öffentlichen Eigentums ist so katastrophal gescheitert, dass eine grundsätzlich neue Politik durchgesetzt werden muss.

Inzwischen ist Roland Koch zurückgetreten. Sein reaktionäres System im Dienste des großen Kapitals ist von Volker Bouffier und seiner CDU im Bunde mit der FDP vollständig übernommen worden. Die Landtagswahlen in NRW im Mai 2010 wurden noch abgewartet, um danach mit ersten Vorschlägen zur Haushaltskonsolidierung zu Lasten der Bevölkerung und der Kommunen aus der Deckung zu kommen. Streichorgien von gigantischem Ausmaß stehen den Städten und Gemeinden bevor.

Aus diesem Grund wird Widerstand zur Bürgerpflicht!

Die Ursache der Finanznot öffentlicher Haushalte liegt keineswegs in der behaupteten "Anspruchsinflation" der Bürgerinnen und Bürger, in einem nicht mehr finanzierbaren Sozialsystem oder in zu teuren, aufgeblähten öffentlichen Verwaltungen. Die meisten Menschen haben nicht über ihre Verhältnisse gelebt. Hauptursache leerer Kassen sind Steuergeschenke in Milliardenhöhe für Großkonzerne und Banken. Alles, was dem großen Kapital so reichlich gegeben wird, fehlt zwangsläufig in den öffentlichen Kassen. Dies gilt für Bund, Länder und vor allem für Städte und Gemeinden.

Für die DKP Hessen ist die sich rasch zuspitzende Lage Anlass, ihre landespolitischen Grundpositionen erneut vor- und zur Diskussion zu stellen.

Weiterhin wird sich die DKP Hessen an allen Initiativen und Aktionen beteiligen bzw. diese unterstützen, die das Ziel haben, die weitere Umverteilung von unten nach oben zu stoppen und umzukehren, und die zur Verantwortung zu ziehen, die die Krise verursacht haben.

Statt bei den Schülern und Studenten, den Kindern, Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern, statt auf Kosten der Kommunen zu sparen, wären zur "Haushaltskonsolidierung" von der hessischen Landesregierung z.B. folgende Initiativen zu starten:

- Deutliche Kürzung der Rüstungsausgaben
- Sofortiger Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan
- Stopp des weiteren Sozialabbaus
- Erhebung einer Millionärssteuer und deutliche Erhöhung des Spitzensteuersatzes
- Entsprechend der Hessischen Verfassung Artikel 38, 39 und 41 eine Initiative zur Vergesellschaftung der Banken und Versicherungen, die letztendlich die Finanzkrise ausgelöst haben und nun wieder z.T. satte Profite ausweisen

Internationale Solidarität statt Ausgrenzung und Abschiebungen

Seit der faktischen Abschaffung des Asylrechts 1993 hat sich die Praxis des staatlichen Umgangs mit Flüchtlingen und Migranten drastisch verschärft. Durch die Verschärfungen des Asylbewerberleistungsgesetzes und des Ausländergesetzes, die Einführung der Visumpflicht für minderjährige Kinder von Migranten, die noch zunehmende Kasernierung von Flüchtlingen und die Ausweitung des Instruments der Abschiebehaft wurden Akzente gesetzt, die für viele hier lebende Menschen einen zunehmend unerträglichen Druck bedeuten und gegen elementare Menschenrechte verstoßen. Diese, durch den rassistischen Kurs der Bundes- und Landesregierung diktierte Politik, findet ihren Niederschlag auch in der Situation von Flüchtlingen und Migranten in Hessen.

Die DKP fordert:

- Anwendung der Möglichkeit des zeitlich befristeten und verlängerbaren Abschiebestopps für Flüchtlinge. Hier kann eine hessische Landesregierung ein öffentliches Signal setzen, das Auswirkungen sowohl für von Abschiebung bedrohte Flüchtlinge als auch auf die Asylpolitik bundesweit hätte. Das heißt: Genereller Abschiebestopp sofort!
- Dezentrale menschenwürdige Unterbringung statt Kasernierung von Flüchtlingen! Sofortige Auflösung der Abschiebegefängnisse.
- Auszahlung von Sozialhilfe an Flüchtlinge in Bargeld statt Lebensmittelgutscheinen. Dies liegt im Kompetenzbereich des hessischen Sozialministeriums und muss genutzt werden, um Flüchtlingen ein Leben auch außerhalb ihrer Unterkünfte zu ermöglichen

Grundpositionen der DKP Hessen zur Landespolitik

nicht proportional gewachsen. Jetzt sollen nach Flughafen-Planung sogar Tausende Arbeitsplätze ausgelagert werden – zu Niedriglöhnen.

Die Flughafen-Aktiengesellschaft hat sich vor allem die Senkung der Personalkosten zum Ziel gesetzt. Mit Überstunden und Personalabbau hat man seit 1991 die Produktivität bereits um weit über 30 % erhöht. Eine derartige und noch stärkere Ausbeutung der FAG-Beschäftigten ist nicht hinnehmbar. Es heißt, der Flughafen stehe im „nationalen und internationalen Wettbewerb“ und sei zum Ausbau gezwungen. Wir erkennen diese "Logik", dieses "fressen oder gefressen werden", nicht an, zumal das den Beschäftigten abgepresste Geld zu Übernahmen anderer Flughäfen weltweit eingesetzt wird. Was uns die Flughafen-Erweiterungs-Befürworter hier als Sachzwang verkaufen wollen, ist nichts anderes als das Wolfsgesetz der kapitalistischen Konkurrenz, unter dem letztendlich immer die arbeitende Bevölkerung und die Umwelt zu leiden haben.

Wir fordern intelligente Lösungen, damit die Belastungen, die vom Flughafen ausgehen, minimiert werden. Dazu gehört die Abschaffung der Subventionen für den Luftverkehr. Inlandsflüge und Materialverschiebungen der Konzerne von einem Betrieb zum anderen haben im Flugverkehr nichts zu suchen. Sie müssen auf die Schiene gebracht werden. Bei den Planungen am Frankfurter Flughafen darf es keine Lösung gegen die Region und die Interessen der Bürgerinnen und Bürger des Umlandes geben.

- Wir wollen keine weiteren Waldverluste
- Wir wollen keine Erhöhung der Flugbewegungen

Wir fordern:

Eine Gesamtbelastungsstudie und sofortige Maßnahmen zur Reduzierung der Umweltbelastungen im Rhein-Main-Ballungsgebiet.

Grundpositionen der DKP Hessen zur Landespolitik

Die DKP Hessen ist nicht so blauäugig zu glauben, dass die hessische Landesregierung auch nur eine dieser Aktivitäten starten wird, wir werden aber alles daran setzen, dass diese Forderungen nicht nur in Hessen mehrheitsfähig werden.

Frankfurt, im August 2010

Die Hessische Verfassung verwirklichen

Hessen braucht eine neue Politik. Das Fundament dieser Politik kann nur die hessische Verfassung sein. Es gilt, die wegweisenden Verfassungsgrundsätze zu beachten und im gesellschaftlichen Leben zur verwirklichen.

Die Hessische Verfassung wurde 1946 ausgearbeitet und angenommen. Die Mütter und Väter der Verfassung waren dem Naziterror entronnen und hatten den von Hitler und seinen Helfershelfern entfesselten 2. Weltkrieg überlebt. Sie nahmen wichtige Lehren aus der deutschen Geschichte in die Artikel der Hessischen Verfassung auf. Das Handeln der Begründer der Verfassung war von der Einsicht geprägt: Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!

Deshalb stellt die Hessische Verfassung in Artikel 158 faschistische und neofaschistische Aktivitäten ausdrücklich außerhalb des Schutzes ihrer „verfassungsmäßigen Freiheiten“.

Und der in die Verfassung aufgenommene Artikel 69 ächtet den Krieg:

"Hessen bekennt sich zu Frieden, Freiheit und Völkerverständigung. Der Krieg ist geächtet. Jede Handlung, die mit der Absicht vorgenommen wird, einen Krieg vorzubereiten, ist verfassungswidrig."

Auch eine andere wichtige Lehre wurde gezogen. Es war das große Kapital, die Trusts und Monopole, die die Faschisten an die Macht brachten. Diese reaktionären Kräfte sollten für immer an ihrem undemokratischen, unsozialen und kriegsorientierten Handeln gehindert werden. Deshalb wurden entsprechende Artikel in die hessische Verfassung aufgenommen:

Artikel 39:

Der "Missbrauch der wirtschaftlichen Freiheit - insbesondere zur monopolistischen Machtzusammenballung, zur politischen Macht, ist untersagt. Vermögen, das die Gefahr des Miss-

(Staudinger). Ein effektives Energiespargesetz muss schnellstmöglich auf den Tisch des Landtags.

- Straßenbau und öffentlicher Verkehr sind im Interesse der Gesamtbevölkerung in sinnvolle Übereinstimmung zu bringen. Dabei erhalten öffentliche Verkehrsträger Vorrang. Die Autobahngeschwindigkeit ist auf 130 km/h zu begrenzen.
- In Hessen darf kein gentechnisch manipuliertes Pflanzenmaterial hergestellt und verarbeitet werden, solange deren Unschädlichkeit für Mensch, Tier und Umwelt nicht nachgewiesen ist.
- Endgültiger Stopp der Einleitung von Industriemüll in hessische Gewässer, wie der Kalisalzeinleitung in die Werra.
- Eine Novellierung des Hessischen Naturschutzgesetzes, das diesen Namen auch verdient, ist als dringende Aufgabe des Landtags anzugehen.
- Naturschutzbeiräte sind in allen Kommunen Hessens einzurichten.

Keine Erweiterung der hessischen Flughäfen

Wir wollen keine neue Startbahn und keine Erhöhung der Flugbewegungen. Das gilt sowohl für den Moloch Rhein-Main als auch für Kassel-Calden. Die DKP tritt für ein generelles Nachtflugverbot auf allen hessischen Flughäfen ein.

Die Grenze der Belastbarkeit der Bürgerinnen und Bürger im Rhein-Main-Ballungsgebiet ist längst überschritten. Der Flughafen Frankfurt hat sich zum größten ökologischen Problem Hessens entwickelt. Zweifellos hat der Flughafen eine große wirtschaftliche Bedeutung. Er ist aber keinesfalls eine "Jobmaschine", wie es Landespolitiker gern darstellen. Tatsache ist: Mit dem seitherigen Flughafenwachstum ist die Belegschaft

Für wirksamen Schutz der Umwelt

Gerade in Hessen wird die Umwelt besonders zum "Nutzfaktor" heimischer Konzerne. So wurde u.a. das Hessische Naturschutzgesetz entsprechend zurechtgestutzt. In den Ballungsräumen wird immer mehr Boden versiegelt. Jetzt, im Zeichen des Klimawandels, soll das größte Kohlekraftwerk der Welt im hessischen Großkrotzenburg errichtet werden. Ein weiteres Großkohlekraftwerk ist zwischen Wiesbaden und Mainz vorgesehen. Dabei soll noch nicht einmal der derzeitige Stand der Technik angewandt werden, da das erklärtermaßen die Profite der Energiegroßkonzerne schmälern würde. Versuche mit gentechnisch freigesetzten Pflanzen laufen an mehreren Orten unseres Bundeslandes.

Die DKP ist der Meinung:

- Der Raubbau an der Natur zugunsten der Gewinninteressen einiger weniger Großkonzerne muss umgehend beendet werden.
- Die Möglichkeiten, die die hessische Verfassung bietet, müssen genutzt werden. Artikel 41 fordert speziell die Überführung von Kali-Bergbau, Betrieben der Energiewirtschaft und „das an Schienen oder Oberleitungen gebundene Verkehrswesen“ in Gemeineigentum.
- Keine weitere Bodenversiegelung in den Ballungsgebieten ohne gleichwertige Ausgleichsmaßnahmen.
- Sofortiger Ausstieg aus der lebensbedrohenden Atomstromerzeugung. Stilllegung der uralten Pannemeiler Biblis A + B.
- Verzicht auf den Bau neuer Kohle-Großkraftwerke, wie das u.a. der Monopolist e.on in Großkrotzenburg bei Hanau plant

brauchs wirtschaftlicher Freiheit in sich birgt, ist aufgrund gesetzlicher Bestimmungen in Gemeineigentum zu überführen."

Artikel 38:

„Die Wirtschaft des Landes hat die Aufgabe, dem Wohle des ganzen Volkes und der Befriedigung seines Bedarfs zu dienen. Zu diesem Zweck hat das Gesetz die Maßnahmen anzuordnen, die erforderlich sind, um die Erzeugung, Herstellung und Verteilung sinnvoll zu lenken und jedermann einen gerechten Anteil an dem wirtschaftlichen Ergebnis aller Arbeit zu sichern und ihn vor Ausbeutung zu schützen.“

Artikel 41:

“(1) Mit Inkrafttreten dieser Verfassung werden
1. in Gemeineigentum überführt: der Bergbau (Kohlen, Kali, Erze), die Betriebe der Eisen- und Stahlerzeugung, die Betriebe der Energiewirtschaft und das an Schienen oder Oberleitungen gebundene Verkehrswesen;
2. vom Staat beaufsichtigt oder verwaltet: die Großbanken und Versicherungsunternehmen und diejenigen in Ziffer 1 genannten Betriebe, deren Sitz nicht in Hessen liegt...“

Verfassungswirklichkeit – die heutige Lage

Die Gebote der hessischen Verfassung sind eindeutig. Doch wie gehen Regierung und Parlamentsmehrheit heute damit um?

- Statt den Krieg zu ächten, werden von allen etablierten Parteien in Hessen deutsche Kriegseinsätze offensiv mitgetragen, dafür greifen sie der Bevölkerung unbarmherzig in die Tasche.
- Statt Verwirklichung des Rechtes auf Arbeit bleibt Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau. Der gepriesene Aufschwung kommt bei den Menschen unten nicht an. Die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich vertieft sich.
- Statt sozialer Absicherung bestimmt wachsende Armut den Alltag. Besonders betroffen sind neben Arbeitslosen und prekär Beschäftigten vor allem Kinder und Jugendliche, Alleinerziehende, Rentnerinnen und Rentner sowie Familien.
- Statt der von der Hessischen Verfassung vorgeschriebenen Enteignung u.a. der Großbanken und Energiewirtschaft erleben wir schamlosen Raub öffentlichen Eigentums durch Privatisierung und damit einhergehend immer weitere Bereicherung der Superreichen.
- Statt Bildungschancen für Arbeiterkinder zu verbessern, wird die versprochene Unterrichtsgarantie in den Sand gesetzt. Studiengebühren wurden durchgepeitscht, mussten dann aber nach heftigstem außerparlamentarischem und parlamentarischen Widerstand wieder aufgehoben werden. Vorerst. Bildung für Begüterte hat Vorrang in diesem Land.
- Statt den neofaschistischen Organisationen den Schutz der Verfassung zu entziehen, wie diese es fordert, können

- In allen hessischen Kommunen müssen Wohnungsberatungsstellen für die Mieter eingerichtet werden. Diese sollen mit Mieterverbänden und Gewerkschaften zusammenarbeiten. In allen größeren Siedlungen sind verbindlich Mieterräte einzurichten.
- Bei auslaufender Sozialbindung müssen Mieterhöhungen gesetzlich untersagt werden. Schon durchgeführte Erhöhungen müssen zurückgenommen werden. Für überwiegend in Landeseigentum befindliche Wohnungen (z.B. der Nassauischen Heimstätte) sind diese Maßnahmen sofort anzuordnen.
- Einziehung von Spekulationsgewinnen und deren Einsetzung für Maßnahmen des sozialen Wohnungsbaues.
- Verstärkte Bestandssicherung von Wohnraum.
- Umwandlung von zweckentfremdeten Räumen in bezahlbaren Wohnraum. Keine Ghettoisierung sozialschwacher Gruppen der Bevölkerung.
- Unterbindung der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen und konsequente Verhinderung von Luxussanierung und Luxusmodernisierung.

Angemessenes Wohnen muss bezahlbar sein

Sozialer Wohnungsbau - statt Subventionen für die Banken und die private Immobilienwirtschaft In den Ballungszentren Hessens, vor allem in den großen Städten und Gemeinden entwickelt sich Wohnen immer mehr zu einem Luxus. Immer mehr Menschen finden keinen für sie bezahlbaren Wohnraum. Mehrere zehntausend Sozialwohnungen sind in den letzten Jahren aus der Mietpreisbindung gefallen. Das Land Hessen und etliche Städte haben in- und ausländischen Spekulanten komplette Wohnungsbestände zu Spottpreisen überlassen. Die Folgen für die Mieter waren oft dramatisch. Immer mehr Wohnungen werden auch in Hessen in privates Eigentum umgewandelt. Gleichzeitig stehen in allen hessischen Städten hunderttausende Quadratmeter Büro- und Wohnflächen leer. Die Mietnebenkosten klettern in immer größere Höhen, sie entwickeln sich real zu einer zweiten Miete. „Modernisierungen“ führen zu weiteren gewaltigen Mieterhöhungen

Die DKP fordert:

- Das Recht auf angemessenen Wohnraum muss zu einer entscheidenden Grundlage der hessischen Landespolitik werden. So sehen es die UN-Deklaration der Menschenrechte und die hessische Verfassung vor.
- Keine weitere „Liberalisierung“ des Wohnungsmarktes, stattdessen Ausbau des sozialen Wohnungsbaues. Wohnungen in Landes- und Kommunaleigentum dürfen nicht an private Spekulanten und Investoren verkauft werden.
- Beratung und Verabschiedung von Landesgesetzen, mit denen Mietwucher und Bodenspekulation ausgeschlossen werden.
- Die Orientierung der Mieten an profitorientierten Marktpreisen und davon abgeleiteten Mietspiegeln ist zu ersetzen durch Ausrichtung an der Massenkaukraft.

faschistische Rattenfänger und Schlägertrupps auch in Hessen praktisch unbehelligt ihr Unwesen treiben.

- Statt größerer Freiheitsrechte und Entwicklung der Demokratie findet täglich Demokratieabbau statt. Abhören und Bespitzeln ist wieder gängige Praxis. Das Horrorbild des gläsernen Menschen wird zunehmend Realität.
- Statt die demokratische Hessische Verfassung weiter auszubauen, will die CDU alle fortschrittlichen Inhalte streichen und den antifaschistisch-demokratischen Konsens von 1945/46 über Bord werfen.

Gegen diese Entwicklung ist Widerstand Pflicht, wie die Hessische Verfassung in Artikel 147 betont.

Die Macht der Banken und Konzerne brechen

Großkonzerne, Rüstungsindustrie und Banken treiben die Durchsetzung ihrer Profitinteressen gegen die Mehrheit der Bevölkerung egoistisch und aggressiv voran. Die kriminelle Energie von Managern in Vorständen und Aufsichtsräten kennt dabei keine Grenzen. Schamlos bereichern sie sich an den Werten, die von der arbeitenden Bevölkerung geschaffen wurden. Auf ihre politischen Sachwalter in Hessen können sie sich dabei verlassen. Ministerpräsident Koch und seine CDU betreiben dieses Geschäft auf Kosten der Bürger seit Jahren. Ohne Skrupel erweitern und verfestigen sie damit auch den Boden für neonazistische Umtriebe. Denn wo Armut und Elend zunehmen und Perspektivlosigkeit herrscht, wächst die Anfälligkeit für braune Parolen, wobei ausländische Kollegen oder Asylsuchende leicht fälschlich als Schuldige der Misere hingestellt werden. Roland Koch und seine hessische CDU haben in den letzten Jahren nur zu gern rassistische und ausländerfeindliche Stimmungen bedient und sich dadurch Mehrheiten verschafft.

Dies kann und darf so nicht weitergehen, Koch und sein reaktionäres System müssen gestoppt werden. Rechtsradikalismus und Neofaschismus den Boden entziehen

Dafür ist umfassender Widerstand notwendig. Nicht zuletzt die Erinnerung daran, dass namhafte Banken und Konzerne seinerzeit dem Hitlerregime erst auf die Beine geholfen und dann an Krieg und Massenverbrechen massig verdienten, macht deutlich, dass es höchste Zeit ist, den Kampf gegen Rechtsradikalismus und Neofaschismus nachhaltig zu führen.

Organisationen und Vereine in der Tradition faschistischer Politik, wie NPD, sogenannte „freie Kameradschaften“ etc haben nach Landesverfassung und Grundgesetz kein Existenzrecht. Wer sie dennoch immer weiter duldet und deren Aktivitäten bei

gute Sozial- und Kulturpolitik, aber nicht die Verschärfung des Strafrechts oder die Ausweitung der Polizeistaatlichkeit.

Die DKP Hessen fordert:

- Eine soziale Absicherung, die ein menschenwürdiges Leben ermöglicht.
- Mehr und bessere kulturelle Freizeitangebote
- Statt Unterbringung von Jugendlichen in geschlossenen Heimen oder Strafanstalten sozialpädagogische Betreuung, die den Jugendlichen bei der Bewältigung ihrer Probleme hilft.
- Keine Herabsetzung der Strafmündigkeit. Wir wollen keine Kinder im Knast.
- Keine Abschiebung von "straffällig" gewordenen minderjährigen Migranten und ihrer Eltern.

Grundpositionen der DKP Hessen zur Landespolitik

- Einführung eines kostenlosen Ausbildungstickets für Auszubildende, SchülerInnen, StudentInnen für den jeweiligen Verkehrsverbund.
- Aufstockung der Ausbildungsvergütung ab dem 1. Ausbildungsjahr sowie des Bafög auf einen Betrag, der sich an den durchschnittlichen Lebenshaltungskosten orientiert.
- Schaffung von günstigem Wohnraum für Jugendliche, die ein selbstständiges, von ihren Eltern unabhängiges Leben führen möchten.
- Zur Gestaltung eines eigenständigen Lebens gehört auch, dass Jugendliche nicht zur Ableistung von Zwangsdiensten, wie Zivil- und Wehrdienst, herangezogen werden dürfen.

Kinder- und Jugendkriminalität: Ursachen bekämpfen statt härter bestrafen. Glaubt man dem Horrorszenarium von CDU/CSU/ FDP und Teilen der SPD, so wimmelt es nur so von schwer kriminellen Jugendlichen. Dagegen hilft angeblich nur, wenn mehr Jugendliche länger eingesperrt werden, die Strafmündigkeit auf 12 Jahre herabgesetzt wird, Hessen endlich wieder geschlossene Heime einführt und kriminelle ausländische Jugendliche abgeschoben werden.

Dass die Kriminalität unter Jugendlichen nicht wesentlich zugenommen hat und in einigen Bereichen sogar rückläufig ist, wird verschwiegen. Berechtigte Ängste und Unbehagen der Menschen werden umgelenkt und auf ein neues Feindbild projiziert. Der Ausweg wird in verschärfter Bestrafung gesucht, statt die gesellschaftlichen Ursachen, wie Jugendarbeitslosigkeit, Bildungsmisere und Perspektivlosigkeit zu benennen und anzugehen. Somit wird die drastische Einschränkung von Grund- und Freiheitsrechten, die totale Überwachung durch den Staat legitimiert. Gleichzeitig wird mit der Diskussion über Jugendkriminalität von den Verbrechen des Kapitals abgelenkt. Erfahrungsgemäß ist die beste Kriminalitätsvorbeugung eine

Grundpositionen der DKP Hessen zur Landespolitik

Gelegenheit sogar augenzwinkernd nutzt, der ist mitschuldig auch an der bedrohlichen Zunahme neonazistischer Terrors.

Die DKP setzt sich ein für

- Das Verbot der NPD wie aller neonazistischen Gruppierungen und die Unterbindung jeglicher neofaschistischer Aktivität.
- Neonazistische Aufmärsche, Kundgebungen und Versammlungen dürfen in keiner Gemeinde mehr erlaubt und Polizeischutz schon gar nicht gewährt werden.
- Demokratische Aktionskreise, die über Neofaschismus informieren und aufklären sowie Widerstand organisieren, sind zu fördern, kraftvoll zu unterstützen und mit den notwendigen finanziellen Mitteln zu versorgen. Das gilt insbesondere für solche Arbeit an Schulen und in Jugendorganisationen.

Der nationalen und der zunehmenden sozialen Demagogie muss endlich entschieden entgegen getreten werden.

Sozialer Kahlschlag und kein Ende

In unserem reichen Land wird immer mehr sozial Errungenes zur Disposition gestellt, weil für Soziales und dringend notwendige infrastrukturelle Maßnahmen angeblich kein Geld mehr da ist. Die Regierenden in Wiesbaden (wie in Berlin) berufen sich dabei im Gleichklang mit Unternehmerverbänden auf ein angebliches „Diktat der leeren Kassen“. Die Mehrheit der Bevölkerung wird weiter belastet.

Wie wenig leer die Staatskassen indessen sind, zeigt sich, wenn marode Banken und Konzerne auf Verlangen prompt Zusagen in Milliardenhöhe erhalten und für immer mehr ausländische Kriegseinsätze Geld stets vorhanden ist.

Grundpositionen der DKP Hessen zur Landespolitik

Damit ist klar:

Die Ursache der Finanznot öffentlicher Haushalte liegt keineswegs in der behaupteten "Anspruchsinflation" der Bürger, in einem nicht mehr finanzierbaren Sozialsystem oder in zu teuren, aufgeblähten öffentlichen Verwaltungen. Die meisten Menschen haben nicht über ihre Verhältnisse gelebt.

Hauptursache leerer Kassen sind Steuergeschenke in Milliardenhöhe für Großkonzerne und Banken. Alles, was dem großen Kapital so reichlich gegeben wird, fehlt zwangsläufig in den öffentlichen Kassen. Dies gilt für Bund, Länder und vor allem für Städte und Gemeinden. Die direkte Folge dieses Einnahmedefizits ist der Zwang, sich das nötige Geld bei Banken zu beschaffen. Das hat in den letzten Jahren zu kaum mehr tragbaren Tilgungs- und Zinsbelastungen der Kommunen geführt. Hier existiert in der Tat ein "Diktat der leeren Kassen"! Wann einige Städte den Offenbarungseid leisten müssen, scheint nur noch eine Frage der Zeit zu sein. Für notwendige infrastrukturelle und soziale Maßnahmen sind unter diesen Umständen schon jetzt nicht mehr die Mittel ausreichend vorhanden. Betroffen ist die gesamte Bevölkerung mit Ausnahme weniger Superreicher.

Geld ist genug da, wenn es unter öffentlicher Kontrolle verwaltet und richtig verteilt wird. Sämtliche von der Landesregierung durchgeführten Kürzungen und Streichungen von sozialen Leistungen müssen zurückgenommen werden.

Massenbelastungen der Bevölkerung, Stellenabbau in den Verwaltungen und Privatisierung öffentlichen Eigentums sind kein Ausweg aus der Misere der öffentlichen Haushalte. Die Superreichen, die 0,2% der Bevölkerung, die weit über ein Drittel des Geldvermögens besitzen, Banken und Konzerne sollen zahlen.

Grundpositionen der DKP Hessen zur Landespolitik

- Den Jugendlichen, die sich vor Ausbildungsantritt momentan in Warteschleifen befinden, muss eine weitere schulische Qualifizierung ermöglicht werden, die ihre Perspektiven auch tatsächlich verbessert.
- Die unbefristete Übernahme im erlernten Beruf nach der Ausbildung muss gesetzlich festgeschrieben werden.

Recht auf ein selbstbestimmtes Leben

Die Probleme bei Bildung und Ausbildung sowie die zunehmenden Kürzungen bei kulturellen Einrichtungen haben Auswirkungen auf den gesamten Bereich der Lebensgestaltung. Diese Maßnahmen führen zu massiven Einschränkungen der Möglichkeiten vor allem bei Jugendlichen aus Familien, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, die von Arbeitslosen- oder Sozialhilfe leben müssen.

Vor allem diese Jugendlichen können ihr Leben nur dann eigenständig gestalten, wenn ihnen Mittel und Möglichkeiten zur Verfügung stehen. Hier geht es sowohl um die Schaffung und Beibehaltung von möglicher Teilnahme im kulturellen Bereich als auch um eine entsprechende finanzielle Absicherung der Jugendlichen.

Unsere Forderungen:

- Schaffung von Freiräumen für Jugendliche, wie selbstverwaltete Jugendzentren. Statt Kürzungen bei den öffentlichen Sporteinrichtungen Bereitstellung der erforderlichen Mittel.
- Zusätzliche Mittel für öffentliche kulturelle Bildungseinrichtungen, Volkshochschulen sowie Musik- und Kunstschulen.
- Fördermittel für private Initiativen im kulturellen Bereich (Theatergruppen, Bands...)

Grundpositionen der DKP Hessen zur Landespolitik

bildungsquote erfüllen. Unternehmen, die diese Quote nicht erfüllen, erhalten keine staatlichen Subventionen.

- Die hessische Landesregierung wird aufgefordert, eine Gesetzesinitiative für ein Lehrstellengesetz und einer 10-prozentigen Ausbildungsquote in den Bundesrat einzubringen und sich für die sofortige Umsetzung einzusetzen.

Um das Recht auf Ausbildung zu verwirklichen, müssen auch die Ansprüche an die Qualität der Ausbildung und Forderungen nach Übernahme im erlernten Beruf und einem Einkommen zum Auskommen formuliert werden.

Dazu gehören:

- Pläne zur Einführung von weiteren nur zweijährigen Schmalspurausbildungen müssen vom Tisch. Eine Einführung entsprechender Berufsbilder muss verhindert werden.
- Auszubildende dürfen nicht als billige Hilfsarbeiterinnen und Aushilfen ausgebeutet werden, sondern müssen eine qualifizierte, zukunftsorientierte Ausbildung erhalten.
- Die Erfüllung der Ausbildungsinhalte muss regelmäßig überprüft werden.
- Das Unwesen der für die Unternehmen kostenlosen, nicht-schulischen Betriebspraktika ist zu verbieten, stellen sie doch nur die extremste Form der Ausbeutung von Jugendlichen dar.
- Der Berufsschulunterricht darf nicht gekürzt werden. 12 Stunden Berufsschulunterricht, verteilt auf zwei Tage, sind sicherzustellen. An den Berufsschulen müssen, wie an allen Schulen, zusätzliche Lehrer eingestellt und der Lehrmittelbestand auf den heute gültigen technischen Stand gebracht werden.

Grundpositionen der DKP Hessen zur Landespolitik

Daher schlägt die DKP vor:

- Zur Behebung der Finanznot von Städten und Gemeinden sofortige Einstellung der Zinszahlungen der Kommunen an die Großbanken und vollständigen Schuldenerlass.
- Zurücknahme der Gewinnsteuersenkungen.
- Abschöpfung von Spekulationsgewinnen zugunsten der öffentlichen Haushalte.
- Kreditvergabe öffentlicher Mittel an Großunternehmen zur Erhaltung von Arbeitsplätzen nur mit Rechenschaftslegung und öffentlicher Kontrolle, unter Mitwirkung der Gewerkschaften.
- Radikale Kürzung der Rüstungsausgaben entsprechend den Geboten der hessischen Verfassung.
- Überführung von Großbanken und Schlüsselindustrien in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle

Recht auf Arbeit verwirklichen - Arbeitsplätze schaffen

Art. 28 der hessischen Verfassung garantiert das Recht auf Arbeit für alle Bürgerinnen und Bürger:

„(1) Die menschliche Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutz des Staates.

(2) Jeder hat nach seinen Fähigkeiten ein Recht auf Arbeit und, unbeschadet seiner persönlichen Freiheit, die sittliche Pflicht zur Arbeit.

(3) Wer ohne Schuld arbeitslos ist, hat Anspruch auf den notwendigen Unterhalt für sich und seine unterhaltsberechtigten Angehörigen...“

Immer mehr Menschen arbeiten bereits in so genannten prekären Arbeitsverhältnissen (befristete Beschäftigung, Leiharbeit, Heimarbeit, geringfügig und sozial ungeschützte Beschäftigung, Scheinselbständigkeit usw.). Heute reicht oft *ein* Arbeitsplatz nicht mehr aus, um den Lebensunterhalt für die Familie zu verdienen. Wer gar arbeitslos wird, erhält nicht den „notwendigen Unterhalt“, wie es die Verfassung fordert, sondern muss mit Hartz IV ein kümmerliches Dasein fristen.

Da in unserem Land immer weniger Menschen immer mehr produzieren, kann ein spürbarer Abbau der Arbeitslosigkeit nur durch eine drastische Reduzierung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich erfolgen. Aber das Gegenteil ist momentan der Fall.

Arbeit ist Menschenrecht. So steht es in der UN-Menschenrechtserklärung und auch in der Hessischen Verfassung. Ein System, das seiner Bevölkerung und insbesondere seiner Jugend nicht genügend sozial abgesicherte Arbeitsplätze bieten kann, hat seine Legitimation verloren.

Rechte der Jugend

Recht auf Arbeit und Ausbildung

Die Zukunft der Jugendlichen ist durch tiefe Unsicherheit geprägt. Viele Jugendliche fragen sich zu Recht: Werde ich einen Ausbildungsplatz bekommen? Wie viel werde ich später bezahlen müssen, wenn ich studieren will? Hat gute Ausbildung überhaupt einen Sinn, wenn ich danach keine Arbeit finde?

Die Großkonzerne, die Bundesregierung und politische Parteien verweigern den Jugendlichen ihre grundlegenden Rechte auf Arbeit, Bildung und Ausbildung. Den betroffenen Jugendlichen wird so die Möglichkeit genommen, ihre Zukunft selbstständig und finanziell unabhängig zu gestalten. Sie stehen sozial gesehen am Rand der Gesellschaft ohne sinnvolle Perspektive. Auch der großspurig angekündigte Ausbildungspakt hat das Problem nicht verringert. Um in den Grenzen dieser Gesellschaft das Recht auf Bildung und Ausbildung zu realisieren, müssen gesetzliche Verpflichtungen geschaffen werden, die den jungen Menschen eine gesicherte Zukunft eröffnet.

Die DKP Hessen fordert deshalb:

- Eine gesetzliche Verpflichtung der Unternehmen, mindestens 10 Prozent der Arbeitsplätze als Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Dabei muss verhindert werden, dass sich Unternehmen von dieser Verpflichtung durch eine Lehrstellenabgabe freikaufen können. Unternehmen, die ihrer Ausbildungspflicht nicht nachkommen, müssen harte Strafen drohen.
- Die Unternehmen der öffentlichen Hand führen diese Quote sofort und ohne gesetzliche Grundlage ein.
- Öffentliche Aufträge werden in Hessen nur noch an Unternehmen vergeben, die eine mindestens 10-prozentige Aus-

Grundpositionen der DKP Hessen zur Landespolitik

Gruppierungen unter Mithilfe der Justiz massiv bekämpft, indem man den Studierendenausschüssen das politische Mandat abspricht. Dabei ist eine Vertretung der Interessen der Studierenden kaum möglich, wenn nicht auch die gesellschaftlichen Hintergründe erkannt und aufgegriffen werden, aus denen heraus die Situation der Hochschulen erklärbar wird.

Auch das neue Hessische Hochschulgesetz, weitere Verschulung des Studiums und Beibehaltung bzw. sogar Ausweitung der bestehenden Hierarchien und "leistungsorientierter Kriterien" bei der Finanzierung und Bemühungen um Finanzmittel von außen verstärken diese Entwicklungen.

Wir setzen uns deshalb ein für die ungehinderte politische Betätigung der Studierendenvertretungen, für den Ausbau ihrer Beteiligung in den Hochschulgremien.

Auch an den Hochschulen gilt es, sich gegen jegliches Bildungsprivileg der Reichen einzusetzen.

Dazu gehört:

- Keine Wiedereinführung der verfassungswidrigen Studiengebühren und Rückerstattung der schon geleisteten.
- Eine ausreichende und nicht rückzahlbare Grundsicherung für die Studierenden, die wirklich zum Leben reicht.
- Kein Sponsoring, keine Privatisierungen, volle staatliche Finanzierung der Hochschulen.

Grundpositionen der DKP Hessen zur Landespolitik

Die DKP fordert:

- Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich. Wie in Frankreich ist die 35-Stundenwoche gesetzlich zu verankern. Die 35-Stundenwoche kann aber nur ein Zwischenschritt zur 30-Stundenwoche sein. Wir fordern von der Hessischen Landesregierung einen entsprechenden Vorstoß im Bundesrat.
- Die von der Koch-Regierung erzwungene Arbeitszeitverlängerung der Landesbediensteten ist sofort zurückzunehmen. Ein neues Personalvertretungsgesetz muss die wirkungsvolle Mitbestimmung der Beschäftigten zum Inhalt haben.
- Arbeitsplätze statt Überstunden. In den Betrieben muss die Auseinandersetzung um die einschneidende Reduzierung der Überstunden und den vollen Freizeitausgleich geführt werden. Alle Kürzungen bei Sozial- und Arbeitslosenversicherung und den Renten müssen zurückgenommen werden.
- Zur Verbesserung der Lage der abhängig Beschäftigten muss eine spürbare Erhöhung der Reallöhne durchgesetzt werden. Die niedrigen und mittleren Einkommen müssen steuerlich entlastet werden.
- Die Privatisierungen von öffentlichem Eigentum (Bundesbahn, Strom- und Energieversorger, Wasserwerke, Gesundheitsbetriebe etc.) ist sofort zu stoppen. Post und Telekommunikation, Verkehrswesen und Energieversorgung sind in rein öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle zu überführen. Durch den Ausbau öffentlicher Dienstleistungen im sozialen und öffentlichen Bereich müssen neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Aufstehen für Arbeit und Menschenwürde

Die DKP ist nicht so blauäugig zu glauben, die große Koalition in Bonn, oder die Hessische Landesregierung würden sich

Grundpositionen der DKP Hessen zur Landespolitik

durch bloße Aufforderung zu einer Politik im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung bewegen lassen. Um die gesellschaftlichen Skandale der Arbeitslosigkeit, des Sozial- und Demokratieabbaus zu beseitigen, bedarf es einer starken außerparlamentarischen Bewegung, die gemeinsam mit den Gewerkschaften einer neuen Politik zur Sicherung sozialer Rechte, insbesondere des Menschenrechts auf Arbeit, zum Durchbruch verhilft.

Grundpositionen der DKP Hessen zur Landespolitik

10 Prozent zusätzlich erhöhte Stellenzuweisung, die auch Unterrichtsvertretung mit abdeckt.

Mit dem humanistischen Anspruch einer demokratischen Schule verträgt sich nicht die kaum kontrollierbare Einflussnahme durch Outsourcing, Sponsoring und Privatisierung. Bildung darf nicht dem Zufall überlassen werden und nicht das Privileg weniger sein.

Bildung ist Menschenrecht. Eine humanistische und wissenschaftlich fundierte Grundbildung aller ist das Fundament einer demokratischen, sozialistischen Gesellschaft mit Zukunft.

Hochschulen in Hessen

Im Hochschulbereich wird vorrangig Elitebildung gefördert, alles den Interessen des Kapitals untergeordnet. Ein Beispiel hierfür bilden Studiengebühren. Sie stellen einen klaren Bruch der Hessischen Verfassung dar. Ihre neuerliche Einführung zu verhindern, wird harte Abwehr erfordern.

Bereits durch die zunehmende Bedeutung der Eigenfinanzierung des Studiums, aufgrund völlig unzureichender und ständig eingeschränkter Förderungsleistungen, sind die meisten Studierenden gezwungen, sich das Studium zum großen Teil durch eigene Arbeit selbst zu finanzieren, was angesichts gleichzeitiger Bemühungen, die Studiendauer drastisch zu kürzen, zu zusätzlichen Belastungen und sozialen Ungleichheiten führt.

Auch hier gilt wie in den Schulen, dass durch "Sparmaßnahmen" und privates Sponsorentum die Entwicklung forciert wird, Hochschulen vorrangig im Interesse der späteren Verwertbarkeit der Absolventen für das Kapital zu nutzen.

Widerstand der Studierenden in Form auch allgemeinpolitischer Betätigung ihrer Organe wird insbesondere von rechten

Die grassierende Testeritis und Maßnahmen wie G 8 und die derzeitigen Abitur- Prüfungsbestimmungen sind aufzuheben. Die Oberstufe muss individuelle Schwerpunktsetzung ermöglichen; nur so ist auch ein wissenschaftlich orientiertes Aneignen des Lernstoffs mit Niveau zu erwarten.

In kleinen Klassen bzw. Lerngruppen von höchstens 20 Schülern und Schülerinnen sind soziales Verhalten und Toleranz ebenso tagtäglich einzuüben, wie eine individuelle Förderung möglich wird. In zusätzlichen Arbeitsgruppen können besonders interessierte junge Menschen ihr Talent erproben und Wissen vertiefen

Dabei müssen die Lerninhalte, vor allem in Fächern wie Arbeitslehre und Politische Wissenschaften, ein realistisches Bild der Arbeitswelt aus Sicht der arbeitenden Bevölkerung wiedergeben. Sie sollen das Basiswissen für demokratisches, antifaschistisches und antimilitaristisches Engagement vermitteln, wie es die hessische Verfassung fordert. Jede Werbung für die Bundeswehr hat an Schulen nichts zu suchen.

Die Mitbestimmung der Lehrkräfte ist auszubauen und die Rechte von Schülerschaft und Elternvertretungen sind zu stärken und ernst zu nehmen. Ein-Euro-Jobs und andere außertarifliche Beschäftigung lehnt die DKP ab. Die tariflich abgesicherte Festanstellung der Lehrkräfte bzw. Sozialpädagogen wie auch der Angestellten und Arbeiter in der Schulverwaltung und –organisation muss zur Regel werden. Nur so ist Duckmäusertum und Vetternwirtschaft vorzubeugen und ein kontinuierliches, gleichberechtigtes Zusammenwirken der ganzen Schulgemeinde denkbar. Demokratische, fortschrittliche Bildung braucht eine großzügige, moderne Ausstattung an Personal und Mitteln durch den Staat. Sie braucht kleine Klassen und Lerngruppen mit umfassend qualifizierten, selbstbewussten Lehrkräften. Deren Arbeitszeit ist auf 22 Stunden zu verkürzen. Demokratische Bildung braucht eine ausreichende, um

Gleiche Bildungschancen für alle! Weg mit dem Bildungsprivileg!

Viele Wege führen zu einer humanistischen und wissenschaftlichen Grundbildung. Aber wirkliche Bildung ist nicht auf dem profitorientierten Markt zu erwerben. Vielmehr gehören Schule und Bildung zu Recht zu den zentralen Aufgaben des Staates und unter öffentliche Kontrolle.

Der Zugang zu den Bildungseinrichtungen muss allen in gleicher Weise möglich und daher kostenfrei sein. Das ist der Auftrag der hessischen Verfassung. Die Wirklichkeit sieht anders aus.

Kaum ein Kind durchläuft die Schule ohne privat bezahlte Nachhilfe. Für Kopierkosten und andere Schulnebenkosten z.B. für Ausflüge, Schulbücher und Materialien etc. müssen Eltern immer mehr auf den Tisch legen.

Aufgaben der Schule werden an private Anbieter ausgelagert, wie z.B. beim Ganztagsunterricht und bei Förderangeboten. Bei Cafeterias und der Schulmensa ist dies nahezu zur Regel geworden. Um Kosten zu sparen, werden Vertretungsunterricht, Ganztagsangebote und die Schulverwaltung zumindest teilweise mit untertariflich bezahlten und nicht abgesicherten Arbeitslosen abgedeckt. Finanzmächtige Sponsoren drängen mit Personal und Mitteln in die Schulen. Städte und Gemeinden in der Schuldenfalle verkaufen Schulgebäude an profitorientierte Träger. Schulen vermieten Teile der Räumlichkeiten an private Interessenten.

Hessens Bildungslandschaft droht zum Bazar meistbietender Marktschreier zu werden, während der Staat sich brüstet, Bildungseinrichtungen immer mehr Autonomie zu gewähren.

Faktisch läuft es darauf hinaus, die Schulen Missstände selbst ausbaden zu lassen.

Grundpositionen der DKP Hessen zur Landespolitik

Darüber kann auch nicht hinwegtäuschen, dass eine Vielzahl immer wieder neuer Fördermaßnahmen und –projekte auf die Schulen niederregnet. Das sind oft pädagogische Eintagsfliegen, die die offenkundigen Strukturmängel des Vier-Klassen-Schulsystems eher bemänteln als wirklich beheben. Auch Ganztagschulen können soziale und bildungsmäßige Härten nur mildern. Und auch dies nur dann, wenn am Nachmittag qualifizierte, kontinuierliche pädagogische Arbeit stattfindet.

Einer weitgehenden äußeren Deregulierung stehen umso rabi- atere Eingriffe des Kultusministeriums in die inhaltliche Unter- richtsorganisation gegenüber.

Zentrale Tests (ab der Klasse 3) und zentrale Abschlussprü- fungen; verschärfter Leistungsdruck durch Prüfungsordnungen und durch die Schulzeitverkürzung G8, Abbau von Kollegiumsrechten an Berufsschulen, demagogisch „Selbst- verantwortung Plus“ genannt, und ständig neue Vorschriften sowie indirektes und direktes „Ranking“ halten Lehrkräfte in viel zu großen Klassen und Lerngruppen ständig in Atem. Schülerinnen und Schüler gewöhnen sich zunehmend daran, sich den Lernstoff nur für die jeweils nächste Leistungskon- trolle oberflächlich anzutrainieren.

So sind Kritikfähigkeit, Eigeninitiative und Kreativität in hessi- schen Klassenzimmern eher die Ausnahme. Doch immer mehr Jugendliche widersetzen sich dieser Programmierung und ständigen Selektion. Manche verfallen in Resignation und Schulangst. Andere schlagen einfach um sich. Sozialpädago- gen bzw. Schulsozialarbeiter und eine qualifizierte psychologi- sche Beratung fehlen fast überall.

Die Notengebung, insbesondere die Verhaltensnoten („Kopf- noten“), dient verstärkt zur Disziplinierung und Selektion. So landen immer mehr nicht angepasste, „verhaltensauffällige“ Kinder und Jugendliche in den sog. Förderschulen; bei stei- gendem Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund.

Grundpositionen der DKP Hessen zur Landespolitik

Unermessliche persönliche und gesellschaftliche Kosten ent- stehen durch Schuleschwänzen, Sitzenbleiben, Schulwechsel, Scheitern in den Abschlussprüfungen etc., ganz zu schweigen von den Deformationen in den Köpfen der jungen Generation.

Wer jedoch genug Geld hat, leistet sich eine Privatschule für sein Kind. Elitebildung ist auf dem Vormarsch. Selbst die Zahl der privaten Grundschulen ist markant gestiegen.

Von gleichen Bildungschancen kann schon längst keine Rede mehr sein; die Schule droht zum Zulieferbetrieb für die Klas- sengesellschaft zu verkommen.

Die DKP ist der Auffassung:

Wir brauchen ein demokratisches, einheitliches Bildungssys- tem, in dem Vorschulerziehung, Grundschule und weiterfüh- rende Schulen, einschließlich der Berufsschule und des Zwei- ten Bildungswegs eine Einheit darstellen. Kindertagesstätten und Schulbesuch müssen kostenfrei sind wie auch das Mittag- essen dort. Integrierte Gesamtschulen als Regelschulen sind weiterzuentwickeln zu einer flächendeckenden zehnklassigen Einheitsschule als Ganztagschule, in der alle jungen Men- schen, auch Kinder mit Lernstörungen, Behinderungen oder anderen besonderen Lernschwierigkeiten die ihnen zuste- hende individuelle Förderung erhalten. Muischen Fächern und Sport kommt hier eine hohe Priorität zu.

Diese Schulen wären ähnlich wie jetzt die Mittelpunktschulen wohnortnah und zudem ausgesprochen ökonomisch, da sie für alle Lernenden da wären.

Die Versetzung in die nächsthöhere Klasse muss der Regelfall sein; durch gezielte Förderung hilft die Schule den Lernenden dabei, Lernrückstände aufzuholen. Kopfnoten sind abzu- schaffen.